



## Broemme meint

### Olympische Spiele in Berlin

(BS) Die einen ringen um die Frage, ob sich Berlin um die Austragung der Olympischen Spiele bewerben soll. Die Anderen veranstalten die Olympischen Spiele.

Es dreht sich hier nicht um das Welt-sportereignis, welches landläufig und fälschlich als Olympiade bezeichnet wird, sondern um die 18. CTIF-Wettkämpfe in Berlin. Ausrichter ist der DFV mit starker Unterstützung der Berliner Feuerwehr. Der CTIF ist der Weltfeuerwehrverband, der an verschiedenen Orten der Welt so etwas wie olympische Wettbewerbe für Feuerwehren veranstaltet.

Bekannt ist das Hakenleiternsteigen, bei dem gut trainierte Mannschaften in einer unglaublichen Geschwindigkeit bis zum dritten Obergeschoss klettern – das dauert meist nur 17, 18 oder 19 Sekunden.

Ich erinnere mich gerne an eine ähnliche Veranstaltung, die zuvor 1993 in Berlin stattfand. Diese wurde unmittelbar nach der Wende veranstaltet, wo man noch nicht absehen konnte, wie lange die Wiedervereinigung dauern würde. Die Veranstaltung war als Symbol der Zusammenführung von Ost und West gedacht.

Es wäre ein Traum, wenn es bis dahin möglich wäre, dass auch russische Mannschaften teilnehmen könnten. Es wäre ein gutes Zeichen.

### Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

## Unverständnis bei Rettungsdienstreform

(BS) Der Deutsche Landkreistag (DLT) und der Niedersächsische Landkreistag (NLT) zeigen Unverständnis auf die Ankündigungen von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zur Reform des Rettungsdienstes.

„Rettungsdienst ist und bleibt Ländersache. Dafür wird der Deutsche Landkreistag mit aller Macht kämpfen. Wir rufen Bundesminister Lauterbach auf, die Finger von der Länderzuständigkeit für den Rettungsdienst zu lassen“, erklärte DLT-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Henneke. Die Landkreise würden einen hervorragenden Job beim Rettungsdienst machen. Zudem: Die Länder regelten alle Einzelheiten in ihren Rettungsdienstgesetzen. Die Reformziele, so Henneke, in Wahrheit darauf ab, die Krankenkassen bei den Investitionskosten zu entlasten und so in die strukturelle Unterfinanzierung zu drängen. Dies geschehe schon bei den Krankenhäusern. Deutschland brauche so eine Reform nicht, zeigte sich der DLT-Hauptgeschäftsführer überzeugt. Lauterbach hatte angekündigt, dass die geplante Reform der Rettungsdienste im parlamentarischen Verfahren in die Notfallreform integriert werden soll. Deswegen kann man davon ausgehen, dass kein eigenes Gesetzgebungsverfahren



Die Ankündigung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach zur Reform des Rettungsdienstes stößt nicht überall auf Gegenliebe.

Foto: BS/markus roider, [pixabay.com](https://pixabay.com)

mehr geplant ist. Die kommunalen Spitzenverbände befürchten, dass so es die Beteiligungsrechte sowie die Abstimmungen mit den Ländern und den Verbänden umgangen werden. „Dirigistische Vorgaben aus Berlin brauchen wir dafür nicht. Wir wehren uns gegen den gezielten Versuch des Bundesministers, die zu Recht erwartete Kritik der Länder und Verbände durch Verfahrenstricks zu verhindern. Der Rettungsdienst als letzter funktionierender Baustein der Notfallversorgung darf nicht auch noch kaputt reformiert werden“, so NLT-Hauptgeschäftsführer Hubert Meyer.



Schlosshotel Monrepos, Ludwigsburg

Informationen und Anmeldung unter  
[www.kommunale-verkehrssicherheit.de](http://www.kommunale-verkehrssicherheit.de) | [www.kommunale-ordnung.de](http://www.kommunale-ordnung.de)

Veranstaltungen des  
Behörden Spiegel

## vfdb-Referat „Rettungsdienst“ hat gewählt



Die Gründungsmitglieder des vfdb-Referats „Rettungsdienst“ (links) und der erste Vorsitzende des Referats, Kevin Grigorian.

Fotos: BS/vfdb

(BS) Das neugegründete Referat 15 „Rettungsdienst“ der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) hat seinen ersten Vorsitzenden gewählt. Die Gründungsmitglieder auf der konstituierenden Sitzung in Hannover haben Kevin Grigorian von der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) als Vorsitzenden gewählt.

Grigorian ist hauptamtlich Leiter des Geschäftsbereichs Rettung und Medizinische Dienste in der Bundesgeschäftsstelle der JUH und gehörte von Beginn an zur vfdb-Ad-hoc-Gruppe, die sich als Vorläufergremium des neuen Referats 15 mit aktuellen Fragen des Rettungswesens befasst hat. Dazu zählte unter anderem bereits die Veröffentlichung eines Positionspapiers zur Lösung der bundesweiten Kapazitätsprobleme im Rettungsdienst. Darin zeigen erstmals direkt beteiligte Akteure der Notfallversorgung Lösungsmöglichkeiten für die Engpässe auf, die neben dem Rettungsdienst

verstärkt auch die Notfallaufnahmen der Kliniken an die Grenzen ihrer Belastbarkeit bringen.

„Es mangelt uns nicht an Themen. Die Reform der Notfallversorgung ist omnipräsent. Außerdem haben wir in diesem Referat die Chance, organisationsübergreifend verschiedene Fragestellungen – wie zum Beispiel die Bedeutung der Hilfsfristen und der Bedarfsplanung, Aspekte der Gesundheitsförderung im Rettungsdienst und viele andere Themen – zu diskutieren“, erklärte Grigorian zum Antritt. Zu seinen Stellvertretern wurden Holger Herlinghaus (Feuerwehr Dortmund) und Dr. Uwe Lühmman (DRK Landesverband Niedersachsen) gewählt.

Ziel des vfdb-Referat „Rettungsdienst“ ist es, auf Grundlage wissenschaftlicher Daten, Fakten und Methoden den Rettungsdienst in Deutschland nachhaltig mitzugestalten und weiterzuentwickeln.

## Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

### NEWSLETTER

#### [Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

**25. Juni:**

- Die Migrationsfrage bleibt ungelöst
- Keine Erkenntnisse zu Waffenschmuggel

#### [Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#) **25. Juni:**

- KNDS stellt neue Kampfwertsteigerung des Leopard vor

#### [Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#) **26. Juni:**

- Baehr: Geschwindigkeit ist entscheidend
- Kräfte bündeln, Zuständigkeiten auch?

### [E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Was nicht passt, wird passend gemacht

### PODCASTS

#### [Podcast „Public Sector Insider“](#)

**25. Juni:**

- Flut? Normal

#### [Podcast „Public Sector Insider Stichwort“ vom 12. Juni:](#)

- Dr. Jannis Stemmann von CyberCompare zu typischen Cybersecurity-Projekten

# BADEN-40 WÜRTTEMBERG

**Pas de deux**  
der Digitalisierung von Staat und Verwaltung

11. Juli 2024, Stuttgart

www.bw-4-0.de #bw40 digitalLÄND | Behörden Spiegel

## LÜKEX 23: Die Staatsfunktion aufrechterhalten

(BS/Maria Belka) Mit dem Szenario eines „Cyber-Angriffs auf das Regierungshandeln“ behandelte die LÜKEX 23 ein hochaktuelles Thema. Nun wurde der Auswertungsbericht zur neunten Übung der LÜKEX-Reihe veröffentlicht. LÜKEX steht für Länder- und Ressortübergreifende Krisenmanagementübung/Exercise und ist ein Konzept, mit dem das nationale Krisenmanagement in Deutschland auf strategischer Ebene seit 2004 wiederkehrend überprüft und weiterentwickelt wird. Ziel ist es, das gemeinsame Krisenmanagement von Bund und Ländern unter Einbeziehung weiterer Akteure, wie Hilfsorganisationen, Kooperationsplattformen und KRITIS-Betreibern, auf strategischer Ebene zu verbessern. Zu diesem Zweck wird eine wechselnde fiktive, aber realitätsnahe Krisenlage entworfen, die als Rahmen der Übung dient. Die Szenarien werden unter Beteiligung aller mitübenden Organisationen unter der Koordination des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) und des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) beraten und abgewogen.

Die LÜKEX 23 befasste sich mit einem „Cyber-Angriff auf das Regierungshandeln“, wobei die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen im Fokus der Übung standen. Das hierfür gemeinsam mit dem BSI entwickelte Szenario betraf alle beteiligten Akteure des deutschen Krisenmanagements in einem solchen Ausmaß, dass sie die sich zuspitzende Lage nicht mehr allein mit eigenen Mitteln bewältigen konnten und eine bundesweite Krise erzeugt wurde. Insgesamt nahmen rund 2.500 Personen aus 60 Behörden von Bund, Ländern und anderen Organisationen an der Übung teil. Ausgangslage des Szenarios war ein Cyber-Angriff auf staatliche IT-Infrastruktur. Der Ausfall sogenannter „Speicherprogrammierbarer Steuerungen“ in behörden- bzw. organisationseigenen Server-Standorten verursachte Störungen in den IT-Infrastrukturen der Übenden, wodurch starke Einschränkungen kritischer Geschäftsprozesse vor allem in den der Ministerialverwaltung nachgeordneten Behörden auftraten. Gleichzeitig mussten die



*Maria Belka ist Referentin im Referat Ressort- und Länderübergreifende Krisenmanagementübungen im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).*

*Foto: BS/privat*

Übenden die Folgen einer öffentlichkeitswirksamen Medienkampagne des Angreifers bewältigen. Ziel der Übung war es, trotz dieser Störungen wesentliche Staats- und Regierungsfunktionen aufrechtzuerhalten und zu einem abgestimmten Handeln sowie einer gemeinsamen Außenkommunikation mit den verschiedenen Ebenen des nationalen strategischen Krisenmanagements zu finden.

### Optimierungspotenziale entdeckt

In dem gemeinsam erstellten Auswertungsbericht zur LÜKEX 23 unter der Koordination des BBK wurden die Erfahrungsberichte der Übenden zusammengefasst und die übergreifenden Erkenntnisse beschrieben sowie Handlungsempfehlungen generiert. Die formulierten Handlungsempfehlungen werden in der jeweiligen Verantwortung der beteiligten Behörden umgesetzt.

Grundsätzlich zeigt sich, dass viele Prozesse und Verfahren des strategischen Krisenmanagements bereits erfolgreich implementiert wurden. Beispielsweise haben sich organisationsinterne Abläufe zur Abstimmung der externen Krisenkommunikation größtenteils etabliert, während die ebenen- und ressortübergreifende Abstimmung weiterhin herausfordernd bleibt.

Optimierungspotenziale konnten im Be-

reich der Erhebung und Priorisierung der kritischen Geschäftsprozesse identifiziert werden. Die Übungsbeteiligten sehen eine Erhebung hausinterner kritischer Geschäftsprozesse bereits vor einer Krise als Teil des Notfallmanagements und somit die Implementierung des Business Continuity Managements (kurz: BCM) nach BSI-Standard 200-4 als wichtig an. Das BCM zielt darauf ab, Auswirkungen von Schadensereignissen, wie etwa einem Cyber-Angriff, zu reduzieren und so zu verhindern, dass kritische Geschäftsprozesse unterbrochen werden. Für das BCM müssen für die Erhebung und Priorisierung der kritischen Geschäftsprozesse benötigte IT-Komponenten neben anderen notwendigen Ressourcen bekannt sein. Notfallprozesse müssen vorgeplant sein und, wo möglich, Redundanzen vorgehalten werden. Im Auswertungsbericht wird allen Behörden der staatlichen Verwaltung dringend angeraten, organisationsintern ein stets aktuelles BCM zu unterhalten. Hierbei müssen auch Business Impact Analysen durchgeführt werden, die genau erkennbar werden lassen, welche Auswirkungen Systemausfälle nach sich ziehen und wie verschiedene Systeme und Anwendungen miteinander zusammenhängen.

Innerhalb des Szenarios der LÜKEX 23 wurde deutlich, dass primär die technischen Voraussetzungen zur Kommunikation von wichtigen und vertraulichen Informationen von großer Bedeutung sind und bestmöglich vor Cyber-Angriffen geschützt werden müssen. Idealerweise sollte ebenfalls ein nationales BCM übergreifend sowohl auf der Bundes- als auch auf der Länderebene aufgebaut werden, um eine länder- oder ressortübergreifende Priorisierung zu ermöglichen. Wo erforderlich, sind in der Folge auch die Konzepte und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen abzustimmen und zu standardisieren. In diesem Zusammenhang sind insbesondere IT-Fachverfahren zu identifizieren und mit Notfallkonzepten zu hinterlegen, die durch mehrere Länder bzw. von Bund und Ländern gemeinsam genutzt werden.

*Fortsetzung auf Seite 4*

Fortsetzung von Seite 3

Das IT-Notfallmanagement wäre hierbei als Teilmenge des BCM zu beschreiben und zu integrieren.

**Nach der LÜKEX ist vor der LÜKEX**

Ebenso wurde der Bedarf eines übergreifenden Lagebildes sowie gemeinsamer Austauschformate als Grundlage für ein gemeinsames Lageverständnis erkannt. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass die gemeinsamen Abstimmungen von Bund und Ländern mit den IT-Fachbehörden für die übergreifende Krisenbewältigung hinsichtlich Strukturen und Verfahren ausbaufähig sind. Für die Bewältigung länderübergreifender und bundesweiter Krisen werden Strukturen

und Verfahren benötigt, die dauerhaft zur Verfügung stehen, um das Krisenmanagement schnell und effektiv zwischen allen Beteiligten koordinieren zu können. Auch Netzwerke sind hierfür unabdingbar. In der LÜKEX 23 konnten die bestehenden Netzwerke zwischen dem Krisenmanagement im Bevölkerungsschutz und den beteiligten IT-Behörden und -Dienstleistern auf Bundes- und Landesebene gefestigt werden. Für den stetigen Ausbau dieser müssen sich alle beteiligten Organisationen ihrer Rolle innerhalb des gesamtstaatlichen Krisenmanagements bewusst sein und ihr Personal dazu befähigen, entsprechende Aufgaben effektiv zu erfüllen. Die Übungsserie LÜKEX hat sich hierfür bewährt. Seit Jahren werden bereichsübergreifend wichtige Kontakte geknüpft, Kompetenzen gestärkt

und Fachkenntnisse ausgetauscht. Als Instrument der gesamtstaatlichen Resilienzstrategie stärkt die LÜKEX durch das Beüben der strategischen Krisenmanagementstrukturen den All-Gefahren-Ansatz, der Handlungssicherheit für alle Krisen schafft und die übergreifende Krisenreaktionsfähigkeit in außergewöhnlichen Krisenlagen verbessert, auch die ebenenübergreifenden Zivilschutz-Fähigkeiten.

Um zukünftig noch wirksamer zur Stärkung des nationalen Krisenmanagements beizutragen, befindet sich die Übungsserie in einer strukturellen Neukonzeption. Die LÜKEX 26 zum Thema „Dürre und Hitzewelle/Notlage durch extreme Hitzewelle nach langjähriger Trockenperiode in Deutschland und Europa“ wird bereits in einer Neukonzeption vorbereitet.

**Strukturiert Krisen bewältigen**

Anzeige

(BS) Eine Voraussetzung für eine strukturierte Krisenbewältigung ist eine effektive, schnelle und sichere Alarmierung eines Krisenstabes. Zuallererst müssen viele, unterschiedliche Akteure benachrichtigt werden, um alle Informationen schnell zu verarbeiten, die Ursachen zu analysieren und die Situation vor einer Eskalation in den Griff zu bekommen. Neben der Alarmierung müssen die dann notwendigen Maßnahmen im Rahmen von Reaktions- und Wiederanlaufplänen sichergestellt werden.

Unternehmen, wie GroupAlarm, bieten zentrale Plattformen zur Krisenbewältigung

an. Mit diesen Plattformen wird es Organisationen ermöglicht, Alarmierungen, Maßnahmenkataloge und erforderliche Dokumentationen zentral zu steuern. So bietet die Plattform, bei Eintritt eines Ereignisses die Möglichkeit eine Auswahl von vorbereiteten Szenarien zu treffen, bei denen die zuständigen Personen alarmiert werden. Zudem werden mit der Alarmierung schon vorbereitete Handlungsanweisungen versendet. Als weitere Unterstützung wird dem Krisenstab ein Einsatztagebuch erstellt, in das nach und nach alle Erkenntnisse, Maßnahmen oder allgemeine Hin-



Was muss bei einer Krise beachtet werden?

Foto: BS/Alexander Fox/PlaNet Fox, [pixabay.com](https://pixabay.com)

weise eingetragen werden. Sollte die Arbeit länger anhalten, lässt sich über GroupAlarm auch eine Ablösung des aktuellen Krisenstabes anfordern.

FÜHRUNGSKRÄFTE FORUM

# GENERATIVE KI IM BEHÖRDENEINSATZ

RECHTSICHERE EINFÜHRUNG UND PRAKTISCHE NUTZUNG

**04.07.2024** WEINGUT JULIUSSPITAL, WÜRZBURG

© AI Studio, stock.adobe.com

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel** mit fachlicher Unterstützung von **NUTANIX** **CISCO** **COHESITY**

## Demografischer Druck auf die Feuerwehren steigt

(BS) Das ehrenamtliche Engagement ist das Rückgrat des deutschen Hilfeleistungssystems. Zwar zeigen Jahresstatistiken immer wieder eine Zunahme an Kräften bei den Freiwilligen Feuerwehren, doch auch dort fordert der demografische Wandel in den kommenden Jahren Tribut. Was sich die Kräfte selbst wünschen und wie Kommunen den Dienst attraktiv gestalten können, erklärt Prof. Dr. Doris Rosenkranz von der TH Nürnberg, die eine Studie zu dem Thema durchgeführt hat. Die Fragen stellte Bennet Biskup-Klawon.

**Behörden Spiegel:** Sind die Ergebnisse Ihrer Studie bayernspezifisch? Sehen Sie allgemeine Trends?

**Prof. Dr. Doris Rosenkranz:** Erstmals wurde in unserer Studie das Ehrenamt in den Freiwilligen Feuerwehren praxisorientiert und wissenschaftlich fundiert untersucht. Es gibt dabei Trends z. B. in der Bevölkerungsstruktur, die für die meisten Gemeinden und Regionen in Deutschland ähnlich sind. Insofern sind unsere Ergebnisse selbstverständlich ein Impuls auch für andere Regionen, sich dem Thema zu widmen. Ein Beispiel: Etwa 96 Prozent der Aktiven in den Feuerwehren, die die Daseinsvorsorge zu „Brandschutz und technischer Hilfeleistung“ leisten, sind Ehrenamtliche. Da (fast) nur die Freiwilligen Feuerwehren eine gesetzlich geregelte Altersgrenze für Ehrenämter kennen, die den aktiven Dienst bislang mit dem 65. Geburtstag beendet, ergeben sich daraus Hinweise auf die Anzahl der künftigen Aktiven.

Auf Basis der statistischen Analysen der Bestandsdaten lässt sich für den Zeitraum bis 2041 belegen, dass viele der heute Aktiven dann aus Altersgründen ausscheiden werden. Würde man die Altersgrenze erhöhen, ließe sich dieser Rückgang allenfalls verlangsamen. Ersetzt werden könnten die Ausscheidenden durch Personen, die neu in die Feuerwehr als Aktive eintreten. Der Blick auf die demografische Struktur in Bayern zeigt jedoch einen deutlichen Rückgang bei der Zahl der jungen Menschen zwischen 18 und ca. 30 Jahren – allein aufgrund der



Prof. Dr. Doris Rosenkranz lehrt und forscht an der Technischen Hochschule Nürnberg.

Foto: BS/TH Nürnberg

seit vielen Jahren niedrigen durchschnittlichen Kinderzahl. Ableiten lässt sich daraus die Notwendigkeit, neue Zielgruppen für die Freiwilligen Feuerwehren in den Blick zu nehmen.

Insgesamt wird im Jahr 2041 die Zahl der Aktiven bei den Freiwilligen Feuerwehren in ganz Bayern um mindestens ein Drittel niedriger sein als heute. In einzelnen Regionen ist der Rückgang noch höher.

Dafür sind u.a. vor allem zwei Grundwirkungen, die einen Wandel der demografischen Struktur in Bayern zeigen:

a) Eine große Anzahl an ehrenamtlich Aktiven wird mit der gesetzlichen Altersgrenze bei den Freiwilligen Feuerwehren altersbedingt ausscheiden.

b) Wegen des Rückgangs der Kinderzahl (Fertilität) verringert sich zudem das Potenzial an zukünftig Aktiven. Selbst wenn der Prozentsatz an Jugendlichen unverändert bleibt, der sich bei den Freiwilligen Feuerwehren engagiert, wird aufgrund der geringeren Besetzung der relevanten Jahrgänge die Anzahl der Aktiven sinken. Wenn also im Alter mehr Personen ausscheiden als im jungen Erwachsenenalter (bisher) nachkommen, stellt sich die Frage, wie dieses System ehrenamtlicher Daseinsvorsorge

trotz dieser sich wandelnden Bedingungen künftig erhalten bleiben kann.

**Behörden Spiegel:** Wie akut sehen Sie den Handlungsdruck von Entscheidungsträgerinnen und -trägern, um das ehrenamtliche Engagement zu stärken?

**Rosenkranz:** Brandschutz und technische Hilfeleistungen liegen in der Verantwortung der Gemeinden. Der Druck auf die Kommunen wächst mit demografischen Veränderungen. Schon jetzt ist z. B. die Tagesverfügbarkeit von Hilfskräften ein oftmals ungelöstes Problem. Wenn das über 150 Jahre gewachsene Modell der Freiwilligen Feuerwehren in der bisherigen Form erhalten werden soll, sind insbesondere drei Aspekte akut wichtig:

a) Die Gestaltung von Engagement ist ein strategisches Gesamtpaket mit dem Anspruch einer kontinuierlichen Organisationsentwicklung der Freiwilligen Feuerwehr. Sie braucht Begleitung vor Ort und durch die Bundesländer.

b) Notwendig ist ein kontinuierliches kommunales Monitoring dieser Form des Ehrenamts, die Erfassung der Aktiven, der Altersstruktur, der mehrfach Aktiven – auch wenn es um die Frage der tatsächlich verfügbaren lokalen Einsatzbereitschaft im Katastrophenfall geht.

c) Wichtig ist eine Veränderung der künftigen Perspektive: ein Wandel der Konzentration weg von den Gerätschaften, Gerätehäusern, Fahrzeugen und technischen Ressourcen hin zur stärkeren Betonung der personellen Ressourcen in den Freiwilligen Feuerwehren. Die Konzentration auf neue Technik und technische Gadgets führt nicht zwangsläufig zu mehr Ehrenamt. Diese stärker personenzentrierte Perspektive inkludiert auch, die Aktiven vor Ort stärker einzubinden, stärker zu würdigen und stärker zu Wort kommen zu lassen.

**Behörden Spiegel:** Was wünschen sich ehrenamtliche Kräfte von Politik und Gesellschaft?

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

**Rosenkranz:** Veränderungsbedarf zeigt sich bei den Formen der Anerkennung – die präferierte Form hängt stark von der individuellen Lebensphase ab. Deutliches Interesse zeigt sich insgesamt für das vor Ort ausgeübte Ehrenamt, bei den Feuerwehren stärker auch lokal, (finanzielle) Entlastung zu erfahren und hier stärker als Akteur sichtbar zu werden (z. B. „Wir löschen für Sie in xy“). Darüber hinaus würden sich mehr als die Hälfte der Aktiven – und damit mit großem Abstand vor allen anderen Anerkennungsformen – einen Dank von den Personen wünschen, denen sie geholfen haben.

Erste Informationen finden Sie im Internet unter [www.wer-loescht-morgen.de](http://www.wer-loescht-morgen.de)

Die Studie wurde unterstützt durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration und zwischen September 2021 und Januar 2024 erstellt. Die Studie erscheint im August 2024 als kostenloser E-Reader im Verlag Beltz Juventa und ist öffentlich zugänglich.

Informationen unter anderem z. B. unter [www.hochschul-kooperation-ehrenamt.de](http://www.hochschul-kooperation-ehrenamt.de)

**i** Die vollständige Fassung des Interviews lesen Sie in der aktuellen Behörden Spiegel-Ausgabe auf Seite 39.

## 18. CTIF-Wettkämpfe finden in Berlin statt

(BS) Vom 19. bis 26. Juli 2026 finden in Berlin die 18. Internationalen Feuerwehrwettbewerbe des Feuerwehr-Weltverbands „Comité Technique International de prevention et d’extinction de Feu (CTIF)“ und die 25. Internationale Jugendfeuerwehrbegegnung der Internationalen Vereinigung des Feuerwehr- und Rettungswesens statt. Dies hat die Delegiertenversammlung des Weltfeuerwehrverbands entschieden.

Die Wettkämpfe finden im Rahmen des 175-jährigen Bestehens der Berliner Feuerwehr statt. Berliner Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen sagte zu der Entscheidung: „Sport verbindet unsere weltweite Feuerwehrgemeinschaft. Die geistige Gesunderhaltung sowie die körperliche Fitness spielen in unserem fordernden Beruf eine große Rolle. Und das Pflegen von Fachnetzwerken auf dem gesamten Globus hatte nie eine höhere Bedeutung als heutzutage. Umso mehr freue ich mich, dass der DFV, gemeinsam mit der Berliner Feuerwehr, diesen internationalen Sportwettbewerb nach Berlin holen konnte. Mein Dank gilt auch der Innensenatorin Iris Spranger für die Unterstützung durch die Sportmetropole Berlin. Gemeinsam werden wir unsere sportlichen Gastgeberqualitäten beweisen.“

„Ich bin stolz und glücklich mit diesem deutlichen Auftrag, nun gemeinsam mit der Berliner Feuerwehr endlich mit den Vorbereitungen beginnen zu können. Ich lade Sie alle herzlich nach Deutschland, in unsere Hauptstadt Berlin ein. Lassen Sie uns ein



Berliner Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen (links) und DFV-Präsident Karl-Heinz Banse freuen sich über die 18. CTIF-Wettkämpfe in Berlin.

Foto: BS/Berliner Feuerwehr

großes, vielfältiges und erfolgreiches Fest der Feuerwehren feiern – in sportlicher und kameradschaftlicher internationaler Verbundenheit“, ergänzte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV), Karl-Heinz Banse.

Mehr als 2.500 teilnehmende Jugendliche und Erwachsene aus 30 Ländern werden sich im Zeitraum vom 19. bis 26. Juli 2026 sportlich messen. Unter den Augen von tausenden Zuschauenden treten die Sportlerinnen und Sportler in feuerwehrspezifischen Disziplinen - wie z. B. dem Hakenleitersteigen oder dem „Löschangriff Nass“ - an.

# 25.–26. September 2024

## Ludwigsburg

**SYMPOSIUM  
FOKUS  
KOMMUNE**

Zeitenwende für die Mobilität in Stadt und Land?

Weitere Information unter [www.fokus-kommune.de](http://www.fokus-kommune.de)

## Unterstützung beim internationalen Austausch

(BS) Die Deutsche Gesellschaft für Rettungswissenschaften e.V. (DGRe) hat ihr DGRe-Mobilitätsprogramm gestartet. Es soll Rettungsdienstauszubildende bei ihrer beruflichen Entwicklung unterstützen und das interkulturelle Bewusstsein fördern, indem sie Praktikum im Rettungsdienst eines europäischen Landes machen.

Das Programm unterstützt bis zu 20 Auszubildende mit Erasmus+ Mitteln für Hospitationen zwischen dem 1. Juli 2024 und Ende 2025. Die Auszubildenden wählen ihr Ziel dabei selbständig aus, organisieren Kontakte und Unterkünfte selbständig. Die DGRe unterstützt dabei organisatorisch und finanziell mit den nun erhaltenen Förder-

mitteln. Durch die Förderung globaler Perspektiven und die Orientierung an internationalen Standards strebt das DGRe Mobility Program danach, die Professionalisierung im Rettungsdienst und die Patientensicherheit weiter voranzutreiben. Mit dem Programm wird eine zehntägige Hospitation innerhalb ausgewählter europäischer Länder von NotSan-Auszubildenden unterstützt.

„Mobilitätsprogramme sind eine wunderbare Gelegenheit für Auszubildende, ihren Horizont zu erweitern und Wissen und Perspektiven mit der Kollegenschaft aus dem Ausland auszutauschen. Ich bin begeistert, dass wir den deutschen Notfallsanitäternachwuchs mit Hospitationsmöglichkeiten



Die DGRe hat ein Austauschprogramm für Auszubildende im Rettungsdienst gestartet.

Foto: BS/DGRe

unterstützen können“, erklärte dazu Trisha Morissey, die Verantwortliche für das DGRe Mobility Program.

## Erfolgreiche Ehrenamtskarte wird verlängert

(BS) Inhaberinnen und Inhaber der Ehrenamtskarte in Baden-Württemberg geben der Ehrenamtskarte gute Noten. Dies geht aus den Ergebnissen der Evaluation des Modellversuchs in den vier Modellregionen hervor. Das Land Baden-Württemberg verlängert zudem den Modellversuch bis März 2025. Damit wolle man verhindern, dass bis zu einer etwaigen landesweiten Einführung kein Bruch entstehe.

„Die Ehrenamtskarte dient der Wertschätzung und Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement in besonders hohem Umfang. Innerhalb eines Jahres wurden in den vier Modellregionen Landkreis Calw,

Ostalbkreis, Freiburg und Ulm 8.450 Karten ausgegeben. Parallel zur Modellphase erfolgte die Evaluation, deren Ergebnisse sehr erfreulich ausfallen. Besonders freue ich mich über die guten Schulnoten der Inhaberinnen und Inhaber der Karte sowie die gute Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen“, sagte Minister für Soziales, Gesundheit und Integration, Manne Lucha (Bündnis90/Die Grünen). Hoffnungsfroh stimme Lucha für eine mögliche Ausweitung der Ehrenamtskarte auf das Land die hohe Bereitschaft von Akzeptanzstellen, sich weiterhin zu beteiligen. Nur zwei Prozent der Akzeptanzpartner, die den

Karteneinhaberinnen und -inhabern Rabatte gewähren, schließen aus, sich weiterhin zu beteiligen. Die Mehrzahl der Befragten gab der Karte die Schulnote 2, die Durchschnittsnote beträgt 2,6. Die Kommunen bewerteten die Zusammenarbeit mit dem Land im Durchschnitt mit der Note 1,75.

Dem Landtag obliege es nun, über Haushaltsmittel für die landesweite Einführung ab dem nächsten Jahr zu entscheiden, so Lucha. Konkrete Verhandlungen für interessierte Land- und Stadtkreise könnten ab Anfang kommenden Jahres aufgenommen werden, sofern die haushälterischen Voraussetzungen geschaffen seien.

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

WEB-KONFERENZ

# DIGITALER KATASTROPHENSCHUTZKONGRESS 2024

10.–11. September

Lernen in und aus der Dauerlage

## AUS UNSEREM PROGRAMM

10. September, 14:05 Uhr

### DEBATTE:

### Katastrophendemenz in der deutschen Politik?

u.a. mit:

- » **Albrecht Broemme**, THW-Präsident a. D.
- » **Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich**, Fachgebietsleiter, Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit, Universität Wuppertal
- » **Leon Eckert**, Mitglied des Deutschen Bundestages
- » **Cornelia Weigand**, Landrätin, Kreis Ahrweiler

[www.katastrophenschutzkongress.de](http://www.katastrophenschutzkongress.de)

Behörden Spiegel

#### Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Scarlett Lüsser, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: [redaktion@behoerden Spiegel.de](mailto:redaktion@behoerden Spiegel.de); [www.behoerden-spiegel.de](http://www.behoerden-spiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.